

Tollet am 8. August 2018

**Sehr geehrte Frau Bundesministerin Mag. Beate Hartinger Klein.**

Die Gesellschaft umgeschulter Linkshändiger (GesULH) ist auf Grund der zahlreichen Verschränkungen der ULH mit den Agenden Ihres Ministeriums ihr natürlicher Partner.

Aktuell gehen wir auf das Vorhaben der Bundesregierung ein, die Mindestsicherung bei Fehlen des Pflichtschulabschlusses zu kürzen. Das ist fehlerhaft, da es zum Großteil Bildungsferne sind, die es in die Mindestsicherung treibt.

**Noch gravierender ist diese Unlogik bei Vorliegen einer umgeschulten Linkshändigkeit (ULH):**

Umgeschulte Linkshändigkeit ist in den meisten Fällen **bildungshemmend**, wenn die Betroffenen diese auch häufig mit großem Fleiß kompensieren. Daß das nicht in allen Fällen gelingt ist logisch und evident. Jede negative Wirkung der ULH, ob auf die Gesundheit, die Psyche oder die Fähigkeit sich zu bilden, ist jedenfalls fremdverschuldet, weil der Gebrauch der nicht dominanten rechten Hand im minderjährigen Alter angelehrt wurde.

Ob man nun den Eltern, dem Bildungswesen oder anderen die Schuld an der Umschulung gibt, ändert nichts an der Tatsache, daß die Betroffenen **fremdbestimmt** zu ULH wurden.

Genauer gesagt wegen der Fahrlässigkeit unseres Bildungswesens, das die von ULH Betroffenen bis heute ohne jede Informationen, ohne spezifisches Rehabilitationsangebot ihrem Schicksal überlässt.

Die Schlechterstellung der Menschen ohne Pflichtschulabschluss bei der Berechnung der Mindestsicherung würde die prekär leidenden ULH überproportional häufig treffen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Der Staat kürzt den Opfern seines Versagens, die Mindestunterstützung.
--

**Wir fordern Sie auf, von diesem Vorhaben zu Gunsten einer fairen Lösung Abstand zu nehmen.**

Die anständige Lösung: Anerkennung, Hilfe, Rehabilitation.

Prekär lebende Menschen mit ULH Hintergrund sind in der Mindestsicherung fehl platziert. Sie sollen nicht gezwungen werden ihr Vermögen zu veräußern. Denn es waren staatliche Institutionen, die hunderttausende in die Falle ULH laufen ließen, statt nach der bitteren Erkenntnis über die möglichen Folgen, Information und Rehabilitation anzubieten.

Rechnen Sie mit allem uns möglichen Widerstand gegen solche zynischen Pläne.

Ihr Günther Waldenberger,  
Geschäftsführer der GesULH

Dipl. -Ing. Manfred Uttenthaler  
Obmann der GesULH